

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 60. Neuerungen im Dienstrecht - Umsetzung Pflegepaket   | BürgermeisterInnen-Stellvertreter und GemeinderätInnen ab 01.01.2021   |
| 61. VRV 2015 - Empfehlungen des VR-Komitees zu kofinanzierten Schutzbauten                          | 64. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Dezember 2020  |
| 62. Trennung Verbuchung Personal- und Sachaufwand bei Waldbetreuungsgebieten mit mehreren Gemeinden | 65. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Dezember 2020<br>Verbraucherpreisindex für<br>Oktober 2020 (vorläufiges Ergebnis) |
| 63. Bezüge der BürgermeisterInnen,  |  |

*Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister!*

*Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!*

*Am Ende eines Jahres, das - um es einmal neutral auszudrücken - in jeder Beziehung ungewöhnlich war, ist die Übermittlung von Weihnachtsgrüßen ein kleines Stück willkommene Normalität. Auch wenn den bevorstehenden Feiertagen ein neuerlicher Lockdown mit harten Einschränkungen und Planungsunsicherheiten vorangegangen ist, freuen sich die meisten von uns nun auf das, was bleibt: Einige Tage der Ruhe und Zeit mit den engsten Angehörigen.*

*Vielleicht ist es das, was an Positivem übrigbleibt, wenn wir uns später an das Corona-Jahr 2020 zurückerinnern werden. Die Erkenntnis, wie wichtig persönliche Beziehungen sind, wurde durch die in der Pandemie notwendigen Kontaktbeschränkungen geschärft. Und auch die Erfahrung, welchen Wert es hat, in einem Land zu leben und zu arbeiten, das auch in der Krise zusammenhält und verlässliche Sicherheit in unsicheren Zeiten gewährt.*

*Seitens des Landes wurden alle Kräfte aufgeboten, um den Gemeinden im Corona-Jahr so gut wie möglich zur Seite zu stehen, damit die mit den Folgen der Pandemie verbundenen Herausforderungen bewältigt werden können. In diesem Zusammenhang möchte ich euch allen aufrichtig für den hervorragenden Einsatz danken, den ihr für die Bürgerinnen und Bürger in euren Gemeinden geleistet habt.*

*Ich freue mich auf die Fortsetzung unserer gemeinsamen Arbeit im kommenden Jahr 2021, das uns hoffentlich wieder erfreulichere Perspektiven bieten wird. Euch allen wünsche ich ein friedliches Weihnachtsfest, erholsame Feiertage sowie alles Gute für den Jahreswechsel!*

*Mit den besten Wünschen und Grüßen  
Landesrat Johannes Tratter*

*Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Gemeinden wünschen allen Gemeindebediensteten, den Gemeindefunktionärinnen und Gemeindefunktionären sowie allen Leserinnen und Lesern besinnliche und erholsame Weihnachtsfeiertage und alles Gute im neuen Jahr 2021!*

# 60.

## Neuerungen im Dienstrecht - Umsetzung Pflegepaket

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 18.11.2020 eine Novelle zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 beschlossen (Pflegepaket). Darüber hinaus sollen weitere dienstrechtliche Änderungen im Rahmen des Dezemberlandtages gleichzeitig mit den Bezugserhöhungen beschlossen werden. Soweit bei den einzelnen Punkten nichts anderes angegeben ist treten diese Änderungen zum 01.01.2021 in Kraft.

### 1. Dienstrechtliche Änderungen

#### a) Wechsel des Entlohnungssystems (§ 45a und § 130a G-VBG 2012)

Gemeinden und Gemeindeverbände beschäftigen eine Vielzahl von Bediensteten in den unterschiedlichsten Verwendungen und in verschiedenen Einrichtungen. Durch die hohe Durchlässigkeit der Ausbildungs- und Fortbildungssysteme kommt es gerade auf Gemeindeebene häufig zu geänderten Verwendungen. Zudem beinhaltet das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 besoldungsrechtlich zwei unterschiedliche Systeme. Es ist daher erforderlich, Bediensteten beider Systeme einen Wechsel zwischen diesen Systemen zu ermöglichen, damit es zu keinen Beendigungen und Neubegründungen von Dienstverhältnissen zum selben Dienstgeber kommt.

Ein Wechsel vom Altsystem ins Neusystem (§ 45a G-VBG 2012) kommt nur dann in Frage, wenn der Vertragsbedienstete zukünftig als Angehöriger eines Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberufes an einer Krankenanstalt oder in einem Altenwohn- und Pflegeheim verwendet werden soll. Dieser Bedienstete ist daher einer entsprechenden Modellstelle der jeweiligen Modellfunktion zuzuordnen sowie der Vorrückungstichtag nach den Bestimmungen des Neusystems (§§ 124 und 125 G-VBG 2012) neu zu berechnen. Auf Vertragsbedienstete des Altsystems, die bereits in Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen tätig sind, kommt diese Bestimmung nicht zur Anwendung, da für diese die neuerliche Überführung (Option) in das neue Entlohnungsschema geschaffen wurde (siehe hierzu unter Pkt. 3).

Ein Wechsel vom Neusystem ins Altsystem (§ 130a G-VBG

2012) ist dann möglich, wenn Vertragsbedienstete in Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberufen in Zukunft nicht mehr als solche verwendet werden sollen. Die neue Bestimmung erfasst jedoch nur jene Angehörige von Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen, deren Dienstverhältnis zur Gemeinde oder zum Gemeindeverband nach dem 31. Dezember 2019 im Rahmen des neuen Besoldungssystems begründet oder aufgrund einer Optionserklärung in das Neusystem überführt wurde und die nicht mehr in diesen Berufen, sondern zB in der Allgemeinen Verwaltung oder im handwerklichen Bereich verwendet werden. Damit soll insbesondere auch für Pflegekräfte die Möglichkeit geschaffen werden, in die Verwaltung eines Trägers (zB Heimleitung) zu wechseln. Die Besoldung für diese Bediensteten richtet sich in weiterer Folge nach dem 3. oder 7. Abschnitt des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 wobei der Vorrückungstichtag nach § 44 G-VBG 2012 neu zu berechnen ist. Ein Wechsel von Bediensteten in Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen vom Neusystem in das Altsystem unter Beibehaltung ihrer Verwendung ist hingegen ausgeschlossen.

#### b) Entgeltausgleich bei Altersteilzeit (§ 49a G-VBG 2012)

Mit der Neufassung des § 49a G-VBG 2012 soll klargestellt werden, dass auch pauschalierte Nebengebühren, die aufgrund der Art der Tätigkeit gebühren (zB Aufwandsentschädigungen, Erschwerniszulage), sowie eine allfällige Kinderzulage bei der Berechnung des Entgeltausgleiches zu berücksichtigten sind. Der Entgeltausgleich ist zudem dem Monatsentgelt zuzuzählen, wenn Ansprüche nach dem Monatsentgelt zu bemessen sind (zB bei Urlaubersatzleistung, Jubiläumsszuwendung).

#### c) Dienstfreistellung zur Betreuung eines Kindes für Väter (§ 88 G-VBG 2012)

Als familienpolitische Maßnahme soll Vätern für die Zeit des sog. „Papa-Monats“ künftig der Anspruch auf Bezüge, gekürzt um 20 v.H., bestehen bleiben. Zu diesem Zweck wird der bisherige Frühkarenzurlaub, der - wie jeder

Karenzurlaub - definitionsgemäß nur unter Entfall der Bezüge in Anspruch genommen werden kann, nunmehr als Dienstfreistellung ausgestaltet. In jenen Fällen, in denen ein Vertragsbediensteter bei Entfall der Bezüge einen Anspruch auf Familienzeitbonus nach dem Familienzeitbonusgesetz des Bundes hätte, gilt der Familienzeitbonus als Untergrenze für die gekürzten Nettobezüge (2020: € 22,60 täglich).

Die Dauer der Dienstfreistellung zur Betreuung eines Kindes für Väter wird zudem entsprechend dem Familienzeitbonusgesetz dahingehend angepasst, als diese Dienstfreistellung bis zu 31 Kalendertage und nicht wie bisher bis zu vier Wochen dauern kann. Damit entspricht die Höchstdauer dieser Dienstfreistellung der Höchstbezugsdauer des Familienzeitbonus, welche 31 Kalendertage beträgt.

d) Erweiterung Pflegefreistellung (§ 89 Abs. 4 G-VBG 2012)

Mit einer Änderung des § 89 Abs. 4 G-VBG 2012 soll im Fall der Erkrankung eines noch nicht zwölfjährigen Kindes der Anspruch auf die zweite Woche Pflegefreistellung auch dann ermöglicht werden, wenn kein neuerlicher Anlassfall vorliegt. Zu diesem Zweck wird die Anspruchsvoraussetzung, dass der Vertragsbedienstete die erste Woche Pflegefreistellung bereits verbraucht hat und er aufgrund der Erkrankung eines noch nicht zwölfjährigen Kindes neuerlich an der Dienstleistung verhindert ist, beseitigt. Es wird daher künftig auch möglich sein, aus Anlass ein- und derselben Erkrankung eines noch nicht zwölfjährigen Kindes bis zu zwei Wochen Pflegefreistellung zu beanspruchen.

Die zweite Woche Pflegefreistellung soll weiters für erkrankte behinderte Kinder, für die erhöhte Familienbeihilfe im Sinne des § 8 Abs. 4 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 gewährt wird, unabhängig vom Alter des Kindes zustehen. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass diese Kinder auch nach dem 12. Lebensjahr in der Regel vermehrter und intensiverer Pflege bedürfen. Gedeckelt ist die Maßnahme mit der Dauer des Bezuges der erhöhten Familienbeihilfe.

e) Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit zur Betreuung eines Kindes (§ 32 G-VBG 2012)

In Angleichung an die landes- und bundesrechtliche

Regelung soll Bediensteten die Möglichkeit der Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit zur Pflege und/oder Betreuung behinderter Kinder auch nach dem Schuleintritt bzw. über diesen Zeitpunkt hinaus ermöglicht werden.

f) Tiroler Mutterschutzgesetz 2005 (§ 4 Abs. 2 TMSchG)

Bislang war gemäß § 4 Abs. 2 des Tiroler Mutterschutzgesetzes 2005 stets die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses notwendig, um als werdende Mutter eine vorzeitige Freistellung vom Dienst zu erwirken, wenn ansonsten - bei Fortdauer der Beschäftigung - das Leben oder die Gesundheit von Mutter oder Kind gefährdet gewesen wäre. In der Praxis wird dieser Gefährdungszustand jedoch regelmäßig durch den die werdende Mutter betreuenden Facharzt festgestellt und attestiert. Das darüber hinaus erforderliche Zeugnis des Amtsarztes wurde in der Folge auf das bereits vorliegende fachärztliche Gutachten gestützt. Nunmehr wird diese Vorgehensweise dahingehend vereinfacht, dass Fachärzte sogleich ein entsprechend gültiges Freistellungszeugnis ausstellen können, welches zur Vorlage an den Dienstgeber dient.

## 2. Besoldungsrechtliche Änderungen

a) Aufhebung Leistungsbelohnung (§§ 136 bis 138 G-VBG 2012)

Der 8. Abschnitt betreffend das neue Besoldungssystem, das am 1. Jänner 2020 in Kraft getreten ist, wurde den Bestimmungen des Landesbedienstetengesetzes nachgebildet. Dies gilt auch für die Leistungsbelohnung als Teil des Entlohnungssystems. Die Erfahrungen seit der Einführung des neuen Besoldungssystems an den Tiroler Kliniken haben allerdings gezeigt, dass die prämienswirksame Implementierung der Leistungsbeurteilung für den Bereich der Angehörigen von Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberufen in Krankenanstalten nicht zweckmäßig scheint. Die Bestimmungen betreffend die Leistungsbelohnung werden daher sowohl auf Landesebene, als auch auf Gemeindeebene hinsichtlich des genannten Personenkreises zum 31. Dezember 2020 aufgehoben.

Um eine besoldungsrechtliche Verschlechterung der Bediensteten im Neusystem zu verhindern, wird die bisher aufgrund des Art. III Abs. 2 des Gesetzes LGBl. Nr.

128/2018 vorgesehene pauschale Leistungsbelohnung in der Höhe von 3 v.H. des Monatsentgelts einschließlich der Sonderzahlung den Gehaltsansätzen im Entlohnungsschema Gesundheit und Sozialbetreuung mit Wirksamkeit zum 1. Jänner 2021 hinzugerechnet. Dies bedingt auch eine Änderung der Hundertsätze betreffend die SEG-Zulage zu diesem Zeitpunkt.

b) Außerordentliche jährliche Zuwendung (§ 138 G-VBG 2012)

Vertragsbedienstete, die in einem Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberuf an einer Krankenanstalt oder in einem Altenwohn- oder Pflegeheim verwendet werden und im neuen Besoldungssystem dem Entlohnungsschema Gesundheit und Sozialbetreuung zugeordnet sind, erhalten für besondere Anforderungen im Rahmen ihrer Tätigkeit ab 1. Jänner 2021 eine zusätzliche finanzielle Abgeltung in der Höhe von (derzeit) Euro 809,40 brutto jährlich bei Vollbeschäftigung in Form einer außerordentlichen jährlichen Zuwendung. Dem nicht im ganzen Kalenderjahr vollbeschäftigten Bediensteten gebührt diese Zuwendung entsprechend seinem durchschnittlichen Beschäftigungsausmaß im jeweiligen Kalenderjahr. Besteht nicht das ganze Kalenderjahr hindurch Anspruch auf Monatsentgelt (Karenzurlaub, unterjähriger Dienstantritt), gebührt für jeden Kalendertag, für den ein Anspruch auf das Monatsentgelt besteht, der dreihundertsechzigste Teil der außerordentlichen jährlichen Zuwendung. Die außerordentliche jährliche Zuwendung bemisst sich in Höhe von 19,11 v.H. des Monatsentgelts der Entlohnungsklasse 12, Entlohnungsstufe 9. Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt zum 15. Dezember eines jeden Jahres. Endet das Dienstverhältnis unterjährig, so gebührt die Zuwendung anteilig und ist binnen eines Monats nach Beendigung des Dienstverhältnisses auszuzahlen.

Für Bedienstete im alten Besoldungssystem ist die außerordentliche jährliche Zuwendung als zusätzliche Abgeltung für die besonderen Anforderungen für Verwendungen in Gesundheitsberufen nicht vorgesehen, weil dort im Gegensatz zum neuen Besoldungssystem bereits Zulagen gewährt werden.

c) Besondere Zuwendungen (§ 133 G-VBG 2012)

Bereits mit der Novelle LGBL. Nr. 13/2020 zum Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 wurde für Gemeinden

und Gemeindeverbände eine gesetzliche Ermächtigung geschaffen, Vertragsbediensteten in einem Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberuf in einem Altenwohn- oder Pflegeheim im Neusystem eine besondere Zulage in Höhe von bis zu 5 v.H. der Entlohnungsklasse 12, Entlohnungsstufe 9, zu gewähren. Die Zulage diene dem Zweck der Gewinnung und Erhaltung von Personal gerade in dezentralen Lagen. Diese Systematik wird nunmehr auf Vertragsbedienstete in einem Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberuf an Krankenanstalten ausgerollt und um die Tatbestände „Zuwendung für außergewöhnliche Leistungen“ und „Zuwendung für Tätigkeiten, die über die besonderen Anforderungen für die Verwendung in Gesundheitsberufen hinausgehen“ erweitert. Da diese Träger nach § 1 Gemeinde-Personalvertretungsgesetz vom Geltungsbereich des Gemeinde-Personalvertretungsgesetzes ausgenommen sind und deshalb über einen Betriebsrat nach dem Arbeitsverfassungsgesetz 1974 verfügen, wird für diese zudem die Möglichkeit geschaffen, die Gewährung Besonderer Zuwendungen durch Betriebsvereinbarungen zu regeln.

Generell kann eine Zuwendung allen oder nur einzelnen Gruppen von Vertragsbediensteten, die die oben genannten Kriterien erfüllen, gewährt werden, und zwar im Rahmen einer oder mehrerer Betriebsvereinbarungen bzw. im Rahmen eines oder mehrerer Beschlüsse des Gemeinderates oder der Verbandsversammlung. Die Summe der vereinbarten Zuwendungen darf für den einzelnen Vertragsbediensteten allerdings 5 v.H. des Monatsentgelts eines Vertragsbediensteten der Entlohnungsklasse 12, Entlohnungsstufe 9 nicht übersteigen. Dem nicht vollbeschäftigten Vertragsbediensteten soll nur der seiner Wochendienstzeit entsprechende Teil gebühren.

Betriebsvereinbarungen oder Beschlüsse über die Gewährung besonderer Zuwendungen sind der Landesregierung anzuzeigen.

d) Nachtdienstzulage (§ 55a G-VBG 2012)

Vertragsbedienstete eines Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberufes, die an einer Krankenanstalt oder in einem Altenwohn- oder Pflegeheim verwendet werden, leisten ihre Dienste überwiegend im Rahmen eines Schicht- und Wechseldienstplanes und somit auch während der Nachtstunden. Diese für die Tätigkeit besonders belastenden Umstände rechtfertigen es daher,

diesen besonderen Mehraufwand sowohl im Altsystem, als auch im Neusystem gesondert in Form einer Nachtdienstzulage abzugelten und zwar rückwirkend mit 1. Jänner 2020, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Besoldungssystems. Bereits vor diesem Zeitpunkt gewährte Nachtdienstzulagen an Bedienstete des Altsystems finden ihre Deckung in § 60 G-VBG 2012.

Die Nachtdienstzulage gebührt je geleistetem Nachtdienst in Höhe von 1,6 v.H. des Gehaltes eines Beamten der Allgemeinen Verwaltung der Dienstklasse V, Gehaltsstufe 2. Ein Nachtdienst liegt in diesem Zusammenhang nur vor, wenn der Vertragsbedienstete in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr mindestens sechs Stunden seiner dienstlichen Tätigkeit nachgeht. Auf Ärzte im Sinne des Ärztegesetzes 1998 findet diese Regelung keine Anwendung.

### **3. Neuerliche Öffnung des Optionsfensters**

Mit der Einführung des neuen Besoldungssystems zum 1. Jänner 2020 für Angehörige von Gesundheits- oder Sozialbetreuungsberufen, die an einer Krankenanstalt oder in einem Altenwohn- oder Pflegeheim verwendet werden, wurde für diese Vertragsbedienstete, deren Dienstverhältnis vor diesem Zeitpunkt begonnen hat, die Möglichkeit geschaffen, durch Erklärung in dieses neue Entlohnungssystem zu wechseln. Die Frist zur Abgabe einer solchen Erklärung endete mit dem Ablauf des 31. Dezember 2019 (§ 159 Abs. 2 und die Ausnahmen in den Abs. 3, 4 und 5 G-VBG 2012).

Im Hinblick auf die besoldungsrechtlichen Änderungen, die sich aufgrund der nunmehr beschlossenen Novelle ergeben, soll für diese Bedienstetengruppe neuerlich die Möglichkeit geschaffen werden, durch Erklärung in das neue Besoldungssystem zu wechseln.

Die Optionserklärung wird mit dem Ersten des auf ihre Abgabe folgenden Monats, jedoch frühestens mit 1. Jänner 2021 wirksam und ist grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2021 möglich. Die gesetzlich bereits bestehenden Ausnahmebestimmungen (zB Vertragsbedienstete im Beschäftigungsverbot, Karenzurlaub, Sabbatical) wurden beibehalten.

### **4. Änderung der Einreichungsplan-Verordnung Gesundheit und Sozialbetreuung und der Modellstellen-Verordnung Gesundheit und Sozialbetreuung**

Pflegedienstleistungen werden in der Altenpflege im Bereich der stationären Pflege von Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie im Bereich der mobilen Pflege durch Sozial- und Gesundheitssprengel erbracht. Häufig bilden dieselben Gemeinden einen Sozial- und Gesundheitssprengel für die mobile Pflege sowie einen Gemeindeverband für die stationäre Pflege. Um Synergieeffekte besser zu nutzen, sowie Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, übernehmen Gemeindeverbände verstärkt auch die Aufgaben der mobilen Pflege.

Ähnlich wie in der stationären Pflege gibt es auch für den Bereich der mobilen Pflege Führungsaufgaben welche derzeit im Einreichungsplan nicht abgedeckt sind. Der Einreichungsplan wird daher um die Funktionsgruppe „Führungsfunktionen in der mobilen Pflege“ erweitert. Gleichzeitig werden auch Unschärfen in Bezug auf die Bezeichnung der einzelnen Modellstellen in der stationären und der mobilen Pflege beseitigt. Damit soll die genauere Abgrenzung der jeweiligen Modellstellen besser ersichtlich sein. Die Änderung der Einreichungsplan-Verordnung Gesundheit und Sozialbetreuung bedingt auch eine Änderung der Modellstellen-Verordnung Gesundheit und Sozialbetreuung.

# 61.

## VRV 2015 - Empfehlungen des VR-Komitees zu kofinanzierten Schutzbauten

### 1. Schutzbauten - Definition

#### Problemstellung

Von den Interessensvertretungen und einzelnen Bundesländern wurde angemerkt, dass die Zuordnung von Anlagen zum Schutz der Bevölkerung vor Naturkatastrophen wie Hochwasser, Muren- und Lawinenabgänge (Schutzbauten) im Sinne des § 19 Abs. 1 iVm Abs. 2 VRV 2015 (wirtschaftliches Eigentum) nicht eindeutig ist, wenn diese Anlagen von Bund, Land und Gemeinden gemeinsam finanziert und zum großen Teil von Bund oder Land errichtet wurden.

#### Empfehlung des VR-Komitees:

Das VR-Komitee beschließt folgende Definition: *„Kofinanzierte Schutzbauten sind Sonderanlagen zum Schutz der Bevölkerung vor Naturkatastrophen wie Hochwasser, Muren- und Lawinenabgänge, deren Errichtung von zwei oder mehreren Gebietskörperschaftsebenen finanziert werden.“*

Es wird empfohlen, § 18 Abs. 5 und 36 Abs. 1 VRV 2015 sowie die Anlagen 1b, 1c, 3a, 3b und 6g der VRV 2015 abzuändern und die Anlage 6u zu ergänzen.

Wenn kofinanzierte Schutzbauten dem wirtschaftlichen Eigentum einer Gebietskörperschaft zuzurechnen sind, sind sie mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten in die Vermögensrechnung aufzunehmen.

**Sind der Gebietskörperschaft die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von kofinanzierten Schutzbauten nicht bekannt, sind diese bei der Erstellung der (erstmaligen) Eröffnungsbilanz mit € 0,00 auszuweisen. Diese sind in der Folge in einer gesonderten durch Novelle der VRV 2015 zu schaffenden Anlage 6u „Nicht bewertete kofinanzierte Schutzbauten“ zu erfassen.**

**Für alle ab 01. Jänner 2020 neu errichtete kofinanzierte Schutzbauten gilt, dass diese mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten zu bewerten sind.**

Werden kofinanzierte Schutzbauten, welche in der (erstmaligen) Eröffnungsbilanz mit Null bewertet wurden oder in der Anlage 6u erfasst wurden, saniert (instandgesetzt), gilt, dass diese mit den damit

verbundenen Anschaffungs- und Herstellungskosten zu bewerten sind. Diese sind folglich aus der Anlage 6u auszuscheiden.

### 2. Stichtag der Inbetriebnahme bei „kofinanzierten Schutzbauten“

#### Problemstellung

Problemstellung, wenn das wirtschaftliche Eigentum bei einer Gemeinde liegt (in der Praxis wird dies überwiegend der Fall sein):

Kofinanzierte Schutzbauten werden zumeist von Ländern oder vom Bund in Abstimmung mit einer Gemeinde errichtet. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder mit Vereinbarung zwischen dem Bund, Land und einer Gemeinde wird die jeweilige Anlage einer Gemeinde zur weiteren Nutzung und Instandhaltung übertragen. Durch diese Vereinbarung wird nach Ansicht des VR-Komitees zumeist ein wirtschaftliches Eigentum bei der Gemeinde gemäß § 19 Abs. 1 VRV 2015 begründet. In Ausnahmefällen kann das wirtschaftliche Eigentum auch bei Ländern oder beim Bund liegen.

Eine Gemeinde kann jedoch während der Errichtung eines kofinanzierten Schutzbaus mangels detaillierter Informationen keine Belege auf der Kontengruppe 069 „In Bau befindliche kofinanzierte Schutzbauten“ verbuchen. Nachdem eine Gemeinde diese Schutzbauten zumeist nicht selbst errichtet, kann diese auch den Inbetriebnahmezeitpunkt der Anlage nicht konkret bestimmen. Auch etwaige „Kollaudierungen“ bringen hinsichtlich des Stichtages der Inbetriebnahme keine abschließend gesicherten Informationen, da eine Aufstellung über die Anschaffungs- und Herstellungskosten des Landes/Bundes an die Gemeinde fehlt und nicht bei jeder Anlage eine Kollaudierung stattfindet bzw. stattfinden muss.

#### Empfehlung des VR-Komitees:

Aus diesem Grund empfiehlt das VR-Komitee, den **Stichtag der Inbetriebnahme eines kofinanzierten Schutzbaus spätestens mit dem Datum des Zugangs der Aufstellung über die Anschaffungs- oder Herstellungskosten einer solchen Anlage bei der**

**Gemeinde festzulegen** (fiktiver Stichtag). Diese Empfehlung gilt sinngemäß auch für die Länder.

### 3. Zeitpunkt der Verbuchung der Anschaffungs- und Herstellungskosten von „kofinanzierten Schutzbauten“

#### Problemstellung:

Wie bereits beim Stichtag der Inbetriebnahme dieser Anlagen dargestellt, kann eine Gemeinde während der Errichtung von „kofinanzierten Schutzbauten“ keine Rechnungen unter „In Bau befindliche kofinanzierte Schutzbauten“ verbuchen, da dazu wesentliche Detailinformationen einer Gemeinde nicht vorliegen.

#### Empfehlung des VR-Komitees:

Das VR-Komitee empfiehlt, dass die **Gemeinden die Anschaffungs- und Herstellungskosten eines kofinanzierten Schutzbaus erst mit dem Zeitpunkt der Übermittlung einer Aufstellung über die Anschaffungs-**

**und Herstellungskosten durch die den Schutzbau errichtende Gebietskörperschaftsebene an die Gemeinde im Haushalt erfasst.** Diese Empfehlung gilt sinngemäß auch für die Länder.

Bei der nächsten Novelle zur VRV 2015 sollen die für die Darstellung und Verbuchung von kofinanzierten Schutzbauten notwendigen Konten (Konto 051 - Kofinanzierte Schutzbauten, Konto 069 - Im Bau befindliche kofinanzierte Schutzbauten) ergänzt werden. Die Verbuchung der Gemeinde für Zahlungen von kofinanzierte Schutzbauten sollten bis zur Novelle bzw. bis zur Übermittlung einer Aufstellung über die Anschaffungs- und Herstellungskosten auf dem Konto 280 - Geleistete Anzahlungen für Anlagen erfolgen.

Siehe dazu die Ausführungen sowie das Buchungsbeispiel im Beschluss des VR-Komitees zu kofinanzierten Schutzbauten. Die Beschlüsse des VR-Komitees werden auf der „Plattform für öffentliches Rechnungswesen/Kontierungsleitfaden“ veröffentlicht.

## 62.

### Trennung Verbuchung Personal- und Sachaufwand bei Waldbetreuungsgebieten mit mehreren Gemeinden

Gemäß § 5 Abs. 1 Tiroler Waldordnung 2005 ist von den Gemeinden für jedes Waldbetreuungsgebiet eine von der Bezirksverwaltungsbehörde nach § 3 bestellte und angebotene Person als Gemeindewaldaufseher anzustellen.

Wurde aus dem **Gebiet mehrerer Gemeinden oder aus Teilgebieten mehrerer Gemeinden ein Waldbetreuungsgebiet** gebildet, so ist der Gemeindewaldaufseher von jener Gemeinde anzustellen, auf deren Gebiet sich der größte Anteil der Waldflächen des Waldbetreuungsgebietes erstreckt. Vor der Anstellung sind die anderen betroffenen Gemeinden zu hören (§ 5 Abs. 2 leg. cit.).

In diesem Fall haben die Gemeinden den Personal- und Sachaufwand für den Gemeindewaldaufseher im Verhältnis der auf sie entfallenden Ertragswaldflächen des Waldbetreuungsgebietes zu tragen. Jene Gemeinde, die den Gemeindewaldaufseher angestellt hat, hat den anderen betroffenen Gemeinden die anteilmäßigen Kosten für ein Kalenderjahr bis spätestens 1. März des

folgenden Jahres mit Bescheid zur Zahlung binnen einem Monat vorzuschreiben (§ 5 Abs. 3 leg. cit.).

Bei der Berechnung des Zuschusses zum Personalaufwand für Gemeindewaldaufseher können nur die Personalkosten ohne Sachaufwand berücksichtigt werden. Deshalb haben die Gemeinden den **Personal- und Sachaufwand getrennt voneinander zu verbuchen.**

Die Verbuchung der **Vorschreibung durch die Anstellungsgemeinde** hat auf folgenden Finanzpositionen zu erfolgen:

- 2/134000+862000 Laufende Transferzahlungen von Gemeinden - Personalaufwand
- 2/134000+862001 Laufende Transferzahlungen von Gemeinden - Sachaufwand

Bei der bzw. den beteiligten Gemeinde(n) hat die Verbuchung folgendermaßen auszusehen:

- 1/134000-752000 Laufende Transferzahlung an

Gemeinden - Personalaufwand

- 1/134000-752001 Laufende Transferzahlung an Gemeinden - Sachaufwand

#### Vergütungen an andere Verwaltungszweige

Ist eine Person als **Waldaufseher** bei der Gemeinde angestellt, erledigt jedoch auch **Tätigkeiten für einen anderen Bereich** (z.B. Bauhof, Straße, Wasser/Kanal), sind die dafür angefallenen Kosten jeweils auf dem entsprechenden Ansatz auszuweisen.

Werden der Personal- und Sachaufwand jedoch unterjährig gesammelt auf dem Ansatz 134000 verbucht, so ist am Jahresende jener Anteil, der für andere Bereiche erbracht wurde, mittels Vergütungen an andere Verwaltungszweige auf die richtigen Ansätze umzubuchen. Dies dient der **Kostenwahrheit**.

Für die Berechnung des Zuschusses zum Personalaufwand für Gemeindewaldaufseher dürfen nur jene Kosten, welche tatsächlich für die Tätigkeit als Waldaufseher angefallen sind, berücksichtigt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass Vergütungen an andere Verwaltungszweige **ebenfalls getrennt nach Personal- und Sachaufwand zu verbuchen** sind.

Die Personalkosten sind entsprechend dem Beschäftigungsmaß (laut Stundenaufzeichnungen) auf dem jeweiligen Ansatz auszuweisen.

Aufwand (Waldaufseher-Kosten werden unterjährig auf anderem Ansatz verbucht):

- 1/134000-720700 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Personalaufwand
- 1/134000-720701 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Sachaufwand

Ertrag (Waldaufseher-Kosten werden unterjährig zur Gänze auf Ansatz 134000 verbucht):

- 2/134000+816700 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Personalaufwand
- 2/134000-816701 Vergütungen an andere Verwaltungszweige - Sachaufwand

Die Verbuchung hat jedenfalls über die oben genannten **Konten 7207 und 8167** zu erfolgen. Wurde im **laufenden Jahr keine entsprechende Aufteilung** vorgenommen, ist die oben angeführte Vorgangsweise bei der Erstellung des **Rechnungsabschlusses 2020 umzusetzen** (und natürlich auch für die Folgejahre zu beachten). Damit wird sichergestellt, dass nächstes Jahr 2021 bei der Erstellung der Anträge für den Waldaufseher-Zuschuss die Daten richtig mittels Jahres-GHD 2020 eingespielt werden.

## 63.

### Bezüge der BürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen-Stellvertreter und GemeinderätInnen

Die Bezüge der Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare werden mit **Wirksamkeit vom 01. Jänner 2021** wie folgt erhöht:

Nach § 2 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998, LGBL. Nr. 25/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 138/2019, richtet sich die Anpassung des Ausgangsbetrages nach § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (BezBegrBVG), BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch das Bundesverfassungsgesetz BGBl. I Nr. 166/2017.

Die Präsidentin des Rechnungshofes hat gemäß § 3 Abs. 1 des BezBegrBVG in dem am 03. Dezember 2020 erschienenen „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ unter Rechnungshof GZ 105.500/716-PR2/20, den **Anpassungsfaktor mit 1,015** ermittelt und kundgemacht.

Durch diese Erhöhung ergibt sich für den Geltungsbereich des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 ein um den Anpassungsfaktor erhöhter Ausgangsbetrag für 2021 von **EUR 9.838,53**.



**Bezüge der Bürgermeister, die neben dieser Funktion kein Mandat  
im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

**1. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis**

Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.805,00
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.584,20
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.675,30
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	5.202,60
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.761,40
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.416,70
über 10.000 EW	82,50%	8.116,80

**2. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis MIT Pensionskasse**

Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.805,00	255,00	2.550,00
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.584,20	325,84	3.258,36
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.675,30	425,03	4.250,27
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	5.202,60	472,96	4.729,64
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.761,40	523,76	5.237,64
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.416,70	583,34	5.833,36
über 10.000 EW	82,50%	8.116,80	737,89	7.378,91

**3. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungspflichtigen Dienstverhältnis**

Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.805,00	329,59	2.475,41	309,95
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.584,20	421,14	3.163,06	396,06
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.675,30	549,35	4.125,95	516,62
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	5.202,60	611,31	4.591,29	574,88
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.761,40	652,13	5.109,27	613,27
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.416,70	652,13	5.764,57	613,27
über 10.000 EW	82,50%	8.116,80	652,13	7.464,67	613,27

**4. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungspflichtigen Dienstverhältnis MIT Pensionskasse**

Einwohner	Bezug in %	BMGL.	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.805,00	255,00	2.550,00	299,63	2.250,37	281,77
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.584,20	325,84	3.258,36	382,86	2.875,50	360,05
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.675,30	425,03	4.250,27	499,41	3.750,86	469,65
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	5.202,60	472,96	4.729,64	555,73	4.173,91	522,63
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.761,40	523,76	5.237,64	615,42	4.622,22	578,76
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.416,70	583,34	5.833,36	652,13	5.181,23	613,27
über 10.000 EW	82,50%	8.116,80	737,89	7.378,91	652,13	6.726,78	613,27

**Bezüge der Bürgermeister, die zum 14. März 1998 eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23 a des Gemeinde-Bezügegesetzes) und kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

Einwohner	Bezug lt. Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeinde-Bezügegesetz (=BMGL.) in EUR		Pensionsbeitrag* 12,55 % d. BMGL. in EUR	Bezug - Pensionsbeitrag in EUR	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeinde- Bezügegesetz in EUR
	Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VII/7			
bis 500 EW	28,51%	2.805,00	30,00%	1.543,20	193,67	2.611,33	193,67
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.584,20	40,00%	2.057,60	258,23	3.325,97	258,23
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.675,30	55,00%	2.829,20	355,06	4.320,24	355,06
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	5.202,60	70,00%	3.600,80	451,90	4.750,70	451,90
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.761,40	80,00%	4.115,20	516,46	5.244,94	516,46
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.416,70	90,00%	4.629,60	581,01	5.835,69	581,01
über 10.000 EW	82,50%	8.116,80	100,00%	5.144,00	645,57	7.471,23	645,57

**Bezüge der Bürgermeister, die neben dieser Funktion ein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

**1. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis**

Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.337,60
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.987,00
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.896,10
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.729,40
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	5.238,00
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.833,30
über 10.000 EW	75,00%	7.378,90

**2. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungsfreien Dienstverhältnis MIT Pensionskasse**

Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.337,60	212,51	2.125,09
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.987,00	271,55	2.715,45
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.896,10	354,19	3.541,91
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.729,40	429,95	4.299,45
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	5.238,00	476,18	4.761,82
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.833,30	530,30	5.303,00
über 10.000 EW	75,00%	7.378,90	670,81	6.708,09

**3. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungspflichtigen Dienstverhältnis**

Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.337,60	274,67	2.062,93	258,30
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.987,00	350,97	2.636,03	330,07
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.896,10	457,79	3.438,31	430,52
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.729,40	555,70	4.173,70	522,60
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	5.238,00	615,47	4.622,53	578,79
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.833,30	652,13	5.181,17	613,27
über 10.000 EW	75,00%	7.378,90	652,13	6.726,77	613,27

4. Bezug Bürgermeister im pensionsversicherungspflichtigen Dienstverhältnis MIT Pensionskasse

Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.337,60	212,51	2.125,09	249,70	1.875,39	234,82
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.987,00	271,55	2.715,45	319,07	2.396,38	300,05
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.896,10	354,19	3.541,91	416,17	3.125,74	391,39
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.729,40	429,95	4.299,45	505,19	3.794,26	475,08
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	5.238,00	476,18	4.761,82	559,51	4.202,31	526,18
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.833,30	530,30	5.303,00	623,10	4.679,90	585,98
über 10.000 EW	75,00%	7.378,90	670,81	6.708,09	652,13	6.055,96	613,27

Bezüge der Bürgermeister, die zum 14. März 1998 eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23 a des Gemeinde-Bezügegesetzes) und ein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:

Einwohner	Bezug lt. Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeinde-Bezügegesetz (=BMGL.) in EUR		Pensionsbeitrag* 12,55 % d. BMGL. in EUR	Bezug - Pensionsbeitrag in EUR	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeinde-Bezügegesetz in EUR
	Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VII/7			
bis 500 EW	23,76%	2.337,60	30,00%	1.543,20	193,67	2.143,93	193,67
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.987,00	40,00%	2.057,60	258,23	2.728,77	258,23
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.896,10	55,00%	2.829,20	355,06	3.541,04	355,06
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.729,40	70,00%	3.600,80	451,90	4.277,50	451,90
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	5.238,00	80,00%	4.115,20	516,46	4.721,54	516,46
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.833,30	90,00%	4.629,60	581,01	5.252,29	581,01
über 10.000 EW	75,00%	7.378,90	100,00%	5.144,00	645,57	6.733,33	645,57

Die Bezüge der Bürgermeister-Stellvertreter und der Gemeinderatsmitglieder, denen bestimmte Aufgaben, die eine erhöhte Verantwortung und einen erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand erfordern, zur Besorgung übertragen wurden, betragen ab 01. Jänner 2021:

Einwohner	Bürgermeister-Stellvertreter				Gemeinderäte	
			mit besonderen Aufgaben		mit besonderen Aufgaben	
			bis höchstens		bis höchstens	
	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	4,32%	425,00	10,80%	1.062,60	6,48%	637,50
501 bis 1.000 EW	5,52%	543,10	13,80%	1.357,70	8,28%	814,60
1.001 bis 2.000 EW	7,20%	708,40	18,00%	1.770,90	10,80%	1.062,60
2.001 bis 5.000 EW	8,74%	859,90	21,85%	2.149,70	13,11%	1.289,80
5.001 bis 8.000 EW	9,68%	952,40	24,20%	2.380,90	14,52%	1.428,60
8.001 bis 10.000 EW	10,78%	1.060,60	26,95%	2.651,50	16,17%	1.590,90
über 10.000 EW	11,34%	1.115,70	28,35%	2.789,20	17,01%	1.673,50

Hinsichtlich der aus der Novelle zum Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998 LGBl. Nr. 61/2012 resultierenden Änderungen (die Möglichkeit der Bezugsfortzahlung für Bürgermeister bei Beendigung der Funktionsausübung unter ganz bestimmten Voraussetzungen, die monatliche Überweisung des Anrechnungsbetrages an den zuständigen Pensionsversicherungsträger und die Möglichkeit des Anspruchsberechtigten auf Geldleistungen nach dem Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998 ganz oder teilweise verzichten zu können, wenn ihm durch die Annahme von Geldleistungen unter Berücksichtigung seiner sonstigen Einkünfte und Ansprüche von Gesetzes wegen nachweislich ein finanzieller Nachteil erwachsen würde), wird auf die Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Mai 2012, Nr. 27, hingewiesen.

Abschließend wird auf § 4 des eingangs zitierten BezBegrBVG (Höchstzahl der Bezüge und Ruhebezüge)

hingewiesen, wonach Personen mit Anspruch auf Bezug oder Ruhebezug nach den bezügerechtlichen Regelungen des Bundes oder der Länder insgesamt höchstens zwei Bezüge oder Ruhebezüge von Rechtsträgern beziehen dürfen, die - wie Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Ausgliederungen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Gesellschaften mit beschränkter Haftung & Co KG oder Kommanditgesellschaften und dergleichen - der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen.

Abweichend davon dürfen nur Funktionäre von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern einen weiteren monatlichen Bezug bis zur Höhe von 4% des Ausgangsbetrages (des Bundes) beziehen, das sind monatlich 369,12 EUR. Bestehen Ansprüche auf mehr als zwei solcher Bezüge oder Ruhebezüge, sind alle bis auf die zwei höchsten Bezüge oder Ruhebezüge stillzulegen.

# 64.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Dezember 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	15.847.771	14.294.067	-1.553.704	-9,80
Lohnsteuer	23.080.901	20.376.613	-2.704.288	-11,72
Kapitalertragsteuer	2.006.652	2.243.472	236.820	11,80
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	590.899	487.964	-102.935	-17,42
Körperschaftsteuer	8.227.568	7.739.272	-488.295	-5,93
Abgeltungssteuern Schweiz	0	-306	-306	-100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	118	94	-24	-20,50
Stiftungseingangssteuer	1.240	1.997	757	61,09
Bodenwertabgabe	9.725	-686	-10.411	-107,06
Stabilitätsabgabe	140.431	165.454	25.024	17,82
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>49.905.305</b>	<b>45.307.941</b>	<b>-4.597.363</b>	<b>-9,21</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	15.904.173	18.840.985	2.936.812	18,47
Tabaksteuer	1.595.238	2.171.698	576.461	36,14
Biersteuer	266.400	172.584	-93.816	-35,22
Mineralölsteuer	5.560.097	3.522.287	-2.037.810	-36,65
Alkoholsteuer	131.223	91.609	-39.615	-30,19
Schaumweinsteuer	21.640	-4.165	-25.806	-119,25
Kapitalverkehrssteuern	2.094	82	-2.012	-96,08
Werbeabgabe	59.435	55.452	-3.983	-6,70
Energieabgabe	730.939	786.062	55.124	7,54
Normverbrauchsabgabe	492.939	438.929	-54.010	-10,96
Flugabgabe	72.173	6.588	-65.585	-90,87
Grunderwerbsteuer	10.604.919	10.756.265	151.346	1,43
Versicherungssteuer	863.039	918.268	55.229	6,40
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.022.207	2.076.569	54.363	2,69
KFZ-Steuer	11.180	11.206	26	0,23
Konzessionsabgabe	320.811	656.437	335.626	104,62
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>38.658.508</b>	<b>40.500.857</b>	<b>1.842.349</b>	<b>4,77</b>
Kunstförderungsbeitrag	44.662	44.805	143	0,32
<b>Gesamtsumme</b>	<b>88.608.474</b>	<b>85.853.603</b>	<b>-2.754.871</b>	<b>-3,11</b>

## 65.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Dezember 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	57.760.883	43.273.735	-14.487.148	-25,08
Lohnsteuer	281.635.706	276.561.161	-5.074.545	-1,80
Kapitalertragsteuer	22.726.833	17.265.488	-5.461.345	-24,03
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.719.687	7.214.385	494.698	7,36
Körperschaftsteuer	93.602.330	71.653.693	-21.948.637	-23,45
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	-358	-342	-2109,55
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	10.443	4.801	-5.642	-54,03
Stiftungseingangssteuer	127.017	141.879	14.862	11,70
Bodenwertabgabe	684.094	588.886	-95.208	-13,92
Stabilitätsabgabe	1.033.870	1.179.844	145.974	14,12
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>464.300.846</b>	<b>417.883.513</b>	<b>-46.417.333</b>	<b>-10,00</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	243.650.731	223.464.901	-20.185.830	-8,28
Tabaksteuer	19.270.208	20.297.649	1.027.441	5,33
Biersteuer	2.053.213	1.805.068	-248.145	-12,09
Mineralölsteuer	45.649.068	37.762.302	-7.886.766	-17,28
Alkoholsteuer	1.575.125	1.403.035	-172.090	-10,93
Schaumweinsteuer	246.980	176.356	-70.624	-28,60
Kapitalverkehrssteuern	12.299	11.324	-975	-7,93
Werbeabgabe	1.077.645	909.693	-167.952	-15,59
Energieabgabe	9.319.336	8.154.617	-1.164.720	-12,50
Normverbrauchsabgabe	5.449.876	4.578.218	-871.657	-15,99
Flugabgabe	731.329	339.666	-391.662	-53,55
Grunderwerbsteuer	133.209.267	134.245.398	1.036.131	0,78
Versicherungssteuer	12.121.826	12.467.232	345.406	2,85
Motorbezogene Versicherungssteuer	23.900.231	24.322.625	422.394	1,77
KFZ-Steuer	562.723	521.986	-40.737	-7,24
Konzessionsabgabe	2.858.835	2.793.472	-65.363	-2,29
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>501.688.691</b>	<b>473.253.542</b>	<b>-28.435.150</b>	<b>-5,67</b>
Kunstförderungsbeitrag	179.666	179.973	307	0,17
<b>Gesamtsumme</b>	<b>966.169.204</b>	<b>891.317.028</b>	<b>-74.852.176</b>	<b>-7,75</b>
Zwischenabrechnung	7.337.103	-1.273.726	-8.610.829	-117,36
<b>Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung</b>	<b>973.506.307</b>	<b>890.043.302</b>	<b>-83.463.005</b>	<b>-8,57</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR OKTOBER 2020</b> (vorläufiges Ergebnis)		
	September 2020 (endgültig)	Oktober 2020 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	108,5	108,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	120,1	120,2
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	131,5	131,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	145,4	145,5
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	153,0	153,1
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	200,1	200,3
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	311,0	311,2
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	545,8	546,3
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	695,4	696,0
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	697,7	698,3
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2020 beträgt 108,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat September 2020 um 0,1 Punkte gestiegen (September 2020 gegenüber August 2020 + 0,5 Punkte). Gegenüber Oktober 2019 ergibt sich eine Steigerung um 1,4 Punkte (+ 1,3 %), für September 2020/2019 um 1,5 Punkte (+ 1,4 %).</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370  
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck